

„Die Freiheit“

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
Nr. 420 Jahrg. 215 für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich DM. 105.— ohne Porto. Bestellungen nehmen immer
die Postämter, Briefträger und unsere Auslagenstellen entgegen.
Abend-Ausgabe
Anzeigenspreis: Die Seite 34 mm breit mm-Druckgröße 6.— Die Seite 30 mm breit
mm-Druckgröße 36.— A. Abat nach Carl, Größelinger Halle-Str. 20.
Gefäßstühle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf 211 Kurfürst 12. 0920
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Giesele, Halle-Saale

Um die Garantien

Die Verhandlungen mit den Belgiern

Die gestrigen Beratungen, die in Berlin zwischen den Vertretern der belgischen Regierung und den belgischen Vertretern stattfanden, waren lediglich vorbereitender Natur. Die eigentlichen Verhandlungen sollen erst im Laufe der heutigen Vormittags beginnen. Ein Termin ist zwar für heute noch nicht angesetzt worden, doch rechnet man damit, daß heute Vormittag eine neue Besprechung im Reichsfinanzministerium stattfinden wird. In politischen Kreisen erwartet man, daß die Reichsregierung heute ihre Forderungen machen wird. Im Anschluß an die gestrigen Beratungen fand noch eine Gesehäftsbesprechung statt, in der über das Ergebnis der gestrigen Beratungen mit der Reparations-Kommission gesprochen wird. Wie wir weiter erfahren, haben die belgischen Vertreter die Mitteilung, bis zum Sonnabend in Berlin zu bleiben.

Der Berliner Korrespondent des „Russisch-Deutscher Wochenschrift“ hat in seinem Blatte einen Bericht auf Grund von Informationen, die aus Kreisen der belgischen Delegation kommen. In dieser Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die Entschädigung der Reparations-Kommission nur temporär war und durchaus nicht als etwas Dauerndes gedacht ist. Die Alliierten wollten in möglichst kurzer Zeit gewinnen, um genau das Problem der Reparation zu frubieren. Mit diesem Stadium müßte sofort beendigt werden, denn die Gefahr, in der die Welt sich augenblicklich befindet, ist in wirtschaftlicher Beziehung außerordentlich groß. Dies ist die Meinung der belgischen Delegation, und auch der deutsche Reichsminister vertrete die gleiche Ansicht. Beide Regierungen arbeiten auf der gleichen Linie, nämlich daß die Entscheidung der Reparations-Kommission nur dazu bestimmt gewesen sei, Deutschland eine Stimpfzeit zu geben. Bestimmtes Ziel, das beide Regierungen erlitten, bestände darin, brauchbare Garantien zu finden. Daher sei es nicht verwunderlich, daß man auch in einem Einverständnis kommen würde. Deutschland bestreite keine Schwerepunkte, aber auch Belgien sei gewillt, der Reichsregierung entgegenzukommen. Grubrich habe den Gedanken in die Debatte geworfen, daß England seine aus dem Striege kommenden und von Belgien untergeordneten Schwerepunkte an die belgische Regierung als Reumotiv zurückgeben solle, falls Deutschland nicht in der Lage sei, seine Schwerepunkte einzuführen. Auf diesen Gedanken könne Belgien nicht eingehen, denn es gehe nicht an, daß die Alliierten und die Reparations-Kommissionen durcheinander geworfen würden. Es sei durchaus möglich, daß Belgien Gold haben wolle, was würde es nur

dann verlangen — und hier vertrete die belgische Regierung den gleichen Standpunkt wie die Reparationskommission — wenn Deutschland keine anderen Garantien geben könnte. Es sei auch durchaus nicht nötig, daß dieses Gold im Ausland deponiert würde. Belgien sei schon damit zufrieden, wenn die deutsche Regierung, falls sie keine anderen Garantien geben könne, bereit sei, dieses Gold den Deutschen zu überweisen.

Staatssekretär a. D. Bergmann erstellte gestern Vormittag dem Reichsminister über seine Verhandlungen in London. Aus seinen Mitteilungen ergibt sich, wie die Delegation, daß es für den Fortgang der Verhandlungen über die Schwerepunkte günstiger ist, sofort über die gesamte Summe, die 1925 zu zahlen ist, zu verhandeln. Der ebenfalls in Aussicht genommene Plan, nur über die beiden Raten vom 15. August und 15. September eine vorläufige Verhandlung herbeizuführen, sieht deshalb nicht mehr im Vordergrund der Verhandlungen. Wichtig ist sich bei den Verhandlungen die Möglichkeit, zunächst eine Zahl von 250 Millionen Goldmark als Verhandlungsbasis zu finden. Die Garantie für die über die Summe auszufehlenden Schwerepunkte kann, wie in englischen Finanzkreisen ausgeführt wird, von der deutschen Regierung nicht allein übernommen werden. Es müßte deshalb die Möglichkeit sein, die Garantie zu verteilen. Einen Teil müßte die deutsche Regierung selbst übernehmen; ein anderer Teil könnte vielleicht von englischen Finanzkreisen übernommen werden, während der Rest durch die Reichsbank zu garantieren wäre. Auch dieser nur in hohen Umrissen begrenzten Basis dürften die Verhandlungen beginnen. Wie im einzelnen die Summe für die Garantiefestsetzung verteilt werden wird und wie die Garantien durchzuführen werden, kann feststehend bereits noch nicht gesagt werden, da er abgemacht werden muß, welche positiven Forderungen die belgische Delegation an die Regierung stellen wird.

Der von der französischen Regierung nach Berlin entsandte Delegierte der Ausleihschuldenkommission, Alphonse, hatte in den letzten Tagen in Berlin ein Gespräch mit dem deutschen Reichsminister über den Gang der Ausleihschuldenverhandlungen. Er gab sich, wie die Debatte, heute nach Paris zurück, nachdem ihm das deutsche Material über die Frage der Ausleihschulden übergeben worden ist.

Der Mord in Oberkassel

Die Mörder belastet?

Düsseldorf, 7. September.

Die Untersuchungen in der Oberkasseler Mordtat durch die deutschen Behörden haben bekanntlich belgischerseits erhebliche Schwierigkeiten erfahren. Man vermutet, daß die belgischen Behörden von irgendwelchen Kathoden Kenntnis erhalten haben, die sogar das Gerücht aufkommen ließen, der belgische Nachtruppen und der belgische Sergeant seien von belgischen Soldaten und nicht von Deutschen erschossen worden. Es ging sogar das Gerücht um, daß der belgische Nachtruppen zuerst den Sergeanten und dann sich selbst erschossen habe. Nun steht einwandfrei fest, daß belgische Soldaten am Morgen nach der Mordtat erzählt hatten, daß ein Belgier einen anderen erschossen habe. Nebenfalls lassen sich die belgischen Verdrehungsversuche in der Angelegenheit nicht anders erklären als dadurch, daß die Belgier in der Untersuchung irgend etwas geheim halten. Man hofft deutscherseits, daß morgen in der Angelegenheit Klarheit geschaffen wird.

Von der Krauerfeier in Düsseldorf-Oberkassel der beiden Belgier ist noch besonders mitzuteilen, daß die Deutschen ihre Beteiligung an der Krauerfeier ablehnen und nur teilnehmen wollten, wenn verschiedene Strafkolonien an französischen Strafen entfernt würden, die folgende Zerstörung trugen. Gefallen für das Vaterland, er wurde durch deutsche Zerstörung entfernt, zum Teil durch Umkehrung unentfaltet gemacht, worauf die Vertreter der deutschen Behörden an der Krauerfeier teilnahmen.

Da die Untersuchung in Oberkassel noch kein Ergebnis gebracht hat und die Täter noch nicht ermittelt worden sind, legte die Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf neben der vom Reichspräsidenten ausgesprochenen Belohnung von 100 000 Mark noch eine weitere Belohnung von 50 000 Mark aus. Zu der Untersuchung wird noch mitgeteilt, daß die beiden

Polizisten, die zuerst verhaftet wurden, dann aber wieder freigelassen, von der belgischen Behörde abermals verhaftet worden sind.

Kommunistische Betriebsräte und Ministerium des Innern

Die Berliner kommunistischen Betriebsräte haben unter dem 2. September an das preussische Ministerium des Innern einen offenen Brief geschickt, in dem sie die Forderungen der Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung u. a. zum Ziel: Sofortige Beschäftigung aller Lebensmittelpersonen und Bedarfsgegenständen, die zu Wucherpreisen feilgeboten werden, Kontrolle der Arbeiterschaft über Transport und Verkauf der Lebensmittel, sofortige Beschäftigung aller großen Wohnungen, Kassen und Anwesenheiten und ihre Verteilung unter wohnungslose proletarische Familien. Diese Forderungen werden ausdrücklich als Mindestforderungen bezeichnet. Am Schluß des offenen Briefes heißt es dann wortlos:

„Die Unterzeichneten mochten das Ministerium darauf aufmerksam, daß Hunger- und Hungerkrawalle unüberwindlich sind, wenn sich die staatlichen Organe der Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft entgegenstellen, denn die Berliner Arbeiterschaft hat in ihrer ungeheuren Not kein Vertrauen mehr zu den Organen des kapitalistischen Staates und wird sich den Weg der Selbsthilfe zu erzwingen wissen.“

Das Ministerium antwortete hierauf mit einer Aufzählung der bisherigen antilinden und behördlichen Maßnahmen gegen Hunger und Not. Zu der unüberwindlichen Not der kommunistischen Betriebsräte, wie im Schluß des Briefes zum Ausdruck kommt, hat das preussische Ministerium des Innern, dessen Schreiben Staatssekretär Freund geantwortet, lediglich zu sagen: „Es würde sehr bedauerlich sein, wenn die Berliner Arbeiterschaft die Behörden bei der Durchführung der bereits getroffenen und noch vorgesehenen Maßnahmen auch in ihren Streifen unterstützen würde.“

Die Notenpresse

Eine sozialistische Korrespondenz zufolge ist von der preussischen Finanzverwaltung mitgeteilt worden, daß in den letzten Tagen für 20 Milliarden Reichsmark gedruckt und in Umlauf gesetzt worden sind. Das sind insgesamt 10 Prozent des gesamten Umlaufs Deutschlands. Die Lagerhaltung der Reichsbank ist jetzt auf 20 Milliarden Reichsmark gesunken. Es wurde noch im Laufe des September auf fast vier Milliarden Reichsmark täglich gedruckt werden, wodurch man die Zahlungsmittel nicht zu decken vermag.

„Kampf dem Kapitalismus!“

Das Aktionsprogramm der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welches vor gestern Abend in seinen Hauptteilen veröffentlicht, zeigt, wofür der Weg geht; mit diesem Programm rückt die Sozialdemokratie wieder ein großes Stück nach links, was kein Wunder nimmt, wenn man erfährt, daß das neue Aktionsprogramm seine Formulierung fast ausschließlich von Mitgliedern der U. S. D. erhalten hat. Diese Tatsache allein erhellt schon, daß die Sozialdemokratie in den Jahren nach der Revolution nicht gelernt hat, daß sie sich trotz allem wieder Klappen machen, die im Laufe der Jahre entstanden sind. Schon der Kampf gegen den Kapitalismus und durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlstand“, zeigt die innere Halblosigkeit des ganzen Programms. Das beste Beispiel ist hier die Forderung: „Wo ist die Freiheit und Wohlstand des Sozialismus? Und doch ist gerade hier der Sozialismus voll ausgedehnt. Gerade das hat aber darin geführt, daß die Freiheit vollkommen verdrängt ist, der Mensch ist kein Individuum mehr, er ist ein Klotz geworden, wie er es nie vorher im zivilisierten Ausland war. Gerade die Arbeiter können ein Lied davon singen, die unter den Fesseln des Sozialismus liegen, und viele Freiheit des Sozialismus“ verdrängt. Der Wert der Persönlichkeit ist jetzt Null. Und wo ist die Wohlstand? Die Betriebe wurden sozialisiert, das ganze Land klemmiert und die Folge: Ein Land, wie es größer nicht bedacht werden kann. Millionen verhungern in Ausland, keiner — außer natürlich dem kleinen Grüppchen der Machhaber — kann sich fast halten. Das ist die Wohlstand des Sozialismus. Diese Zustände sind unhaltbar. Der Sozialismus hat auf der ganzen Linie bankrott gemacht, und das Ende: Rückkehr zur Privatwirtschaft, also zu den verhassten log. Kapitalismus.“

Auch in Deutschland hat man ja seit der Revolution versucht, zu sozialisieren und zu kommunalisieren. Und hier zeigte sich das gleiche Bild. Sobald ein Betrieb der Privatwirtschaft entzogen wurde, sobald er der Gemeinwirtschaft zugeführt wurde, wurde er leistungsunfähig, brachte er keine Erträge mehr, sondern brauchte noch Zuschüsse. Also auch hier eine vollständige Pleite des Sozialismus. Und doch schreibt man auf die neue Parteiführung: „Bewertung des Sozialismus, Kampf gegen den Kapitalismus.“ Das bedeutet aber ferner: Neue staatliche Umwälzungen.

Die Kampfpläne gegen die heutige Republik, gegen die Verfassung, ist in dem Satz festgelegt: „Das demokratische Republik die liberale Grundlage und den Ausganspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus“ bietet, ein Satz, den die „Freiheit“ dahin erklärt, daß die Sozialdemokratie die demokratische Republik nicht als das Endziel staatlicher Gemeinschaft, sondern als den günstigsten Kampfboden für die Verwirklichung des Sozialismus betrachte.“ Also eine offene Kündigung des Kampfes gegen die Republik durch die, die sich heute als die besten Schüler der Republik ausgeben.

Diese Utopien, die in dem Programm aufgestellt sind, bergen eine große Gefahr für die Erhaltung des Staates, sie legen die Forderung, die seit dem Striege begonnen hat, fort. Aber nicht nur nach innen, nein, beinahe noch in größerem Maße nach außen bergen sie das Unheil in sich. Wie im Jahre 1918 fällt hier die Sozialdemokratie dem deutschen Volke in den Rücken und verlegt ihm damit den zweiten Dolch. Der Absatz VI. Internationale Politik, lautet: „Kapitalismus und Klassenherrschaft der Besitzenden haben den Weltfriede entsetzt und nach seiner Beendigung sich vollkommen unabhängig empor, einen weltweiten Frieden herbeizuführen. Ein solcher Friede kann nur aus dem Geiste des internationalen Sozialismus geschaffen werden. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Sie erkennt in dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordamerikas und Belgiens eine moralische Pflicht Deutschlands, sowie das unerlässliche Mittel, durch diese Wiederherstellung die Völkerverbindungen zu bessern. Sie gibt aber der Überzeugung Ausdruck, daß die fortschreitende Zerstörung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft sowie der fortschreitenden Währungsverfall ausreichende Grundlagen der Reparationskassen auf einer abgewandten wirtschaftlichen Notwendigkeit machen.“

Der Appell der Sozialdemokratie an den internationalen Sozialismus ist ja nichts Neues, nicht aber, daß man hier in den letzten Jahren nichts dazu gelernt hat, wenn man jetzt wieder mit alten Brocken kommt. Der internationale Geist besteht ja armüder, nur in den Köpfen einzelner deutscher Sozialdemokraten läuft diese Vorstellung. Wobin

Dollar: 1230 nach 1310

Kampf Die Die Not Der Preußen? Wobin für
Sinn nationaler Blätter, Die Fallende Zeitung!

